

## Liebe Leserinnen und Leser,

wir bedanken uns bei all jenen, die uns 2020 begleitet, unsere Arbeit unterstützt und auch kritisch hinterfragt haben. Und wir bedanken uns für den unermüdlischen Einsatz, die Flexibilität in herausfordernden Situationen,

den optimistischen Blick in die Zukunft und das entgegengebrachte Vertrauen.

Von Friedrich Nietzsche stammt der schöne Satz: „Die größten Ereignisse, das sind nicht unsere lautes-

ten, sondern unsere stillsten Stunden.“ Wir hoffen, Sie alle hatten ein besinnliches Weihnachtsfest. Für das neue Jahr wünschen wir Gesundheit, Kraft für die bevorstehenden Aufgaben und ein friedliches Miteinander.

Das vergangene Jahr hat uns allen viel abverlangt und nicht wenige von uns an ihre Grenzen gebracht. Menschliche Nähe und alltägliche Gewohnheiten waren plötzlich nicht mehr selbstverständlich. Natürlich ist es enorm schwer, sozialen Abstand zu wahren, die Freundin oder den Freund, die Eltern oder Großeltern nicht in den Arm zu nehmen. Dramatisch ist die Lage für diejenigen, die ihre Einrichtungen schließen mussten, Gastronomie, Einzelhandel, Kunst, Kultur, Begegnungsstätten und, und, und.

Vergessen Sie nicht, wofür wir das alles aushalten: Für unsere Gesundheit und die unserer Mitmenschen. Dafür, dass wir alle in einigen Monaten wieder ein normales Leben führen können und diejenigen, die jetzt um

ihre Existenz bangen, wieder eine Chance bekommen. Ja, es ist nicht immer leicht, den sich dauernd ändernden Entscheidungen nachzukommen oder sie nachzuvollziehen. Jede Woche wird die sprichwörtliche „Sau durchs Dorf getragen“ und Provinzpolitiker posaunen als eingebildete Virologen oder Seuchenforscher ihren Senf als die Wahrheit schlechthin hinaus. Das macht die Menschen mürbe, nicht nur die Pandemie schlechthin.

Was wir jetzt überhaupt nicht brauchen, sind Angriffe auf unser Gemeinwesen und spalterische Aufwiegelungen. Auch wir sind nicht mit allen Maßnahmen einverstanden, wir kritisieren und ermahnen. Aber es ist schon anachronistisch, wenn sich bestimmte Truppenteile angeblich

um den Abbau von Grundrechten sorgen, aber im gleichen Handstreich das elementare Grundrecht einer und eines Jeden auf Schutz von Leben und Gesundheit ignorieren. Und sie ignorieren und gefährden all jene, die sich an die aktuellen Vorgaben halten und sich enorm einschränken, die dadurch ihre Existenz gefährden. Und sie schmälern die Leistung derjenigen, die sich Tag für Tag vor allem im Gesundheitswesen aufopferungsvoll für die Menschen in unserer Stadt einsetzen und denen wir hier danken wollen.

*Susanne Schaper*

## Schweigeminute für Justin Sonder



Die Stadtratssitzung am 25. November 2020 begann mit einer Schweigeminute für unseren verstorbenen Ehrenbürger Justin Sonder.

Er berührte die Menschen und schilderte ihnen ein Leid, welches für viele kaum vorstellbar ist. Meist jungen ChemnitzerInnen berichtete er

von seinen Erfahrungen und half so, dass das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte niemals in Vergessenheit gerät.

Die Nachricht von seinem Ableben am 3. November 2020 erfüllte uns mit tiefer Trauer. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

# Stadtratssitzung vom 25. November 2020

Mit Beschluss des Stadtrates wurde der zum Oberbürgermeister gewählte **Sven Schulze als Amtsverweser** bestellt, da die gegen die Wahl eingereichten Beschwerden noch nicht rechtskräftig entschieden wurden. Damit kann Sven Schulze ab dem 26.11. quasi alle Aufgaben eines Oberbürgermeisters wahrnehmen und bis zu seiner Vereidigung die Geschäfte der Stadt führen.

Bereits über viele Jahre hinweg machen wir uns für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Chemnitz stark. Dazu braucht es einen langen Atem – aber ein Meilenstein ist wieder geschafft. In der Sitzung wurde der Lokale Aktionsplan „**CHEMNITZ INKLUSIV 2030**“ beschlossen und damit zur konzeptionellen Handlungsgrundlage erklärt.



Mit der **Fortschreibung des Teilschulnetzplanes Gymnasien** beschloss der Stadtrat die Zurverfügungstellung ausreichender Kapazitäten für diese Schulart. Die langfristige Planung der prognostizierten SchülerInnenzahlen zeigt auf, dass es zu Kapazitätsengpässen von 4 bis 5 Zügen pro Schuljahr kommen wird. Dabei schätzt die Stadtverwaltung ein, dass zur Deckung des Bedarfs die Errichtung eines neuen Gymnasiums nicht notwendig sein wird. Dafür sind Kapazitätserweiterungen am Karl-Schmidt-Rottluff-Gymnasium und am Johannes-Kepler-Gymnasium in Planung. Weiterhin soll ein Ge-

bäude des Beruflichen Schulzentrums für Wirtschaft II in der Wielandstraße in städtisches Eigentum zurückgeführt und als mögliche Außenstelle des Karl-Schmidt-Rottluff-Gymnasiums genutzt werden. Ob dies die steigenden Bedarfe ohne Qualitätsverlust für die SchülerInnen auffangen kann, werden wir im Auge behalten.



Der vor über zwei Jahren auch durch unsere Fraktionsgemeinschaft initiierte und vom Stadtrat beschlossene **Ausbau der Bürgerplattformen** wurde in den vergangenen Monaten evaluiert und mit einem Ergebnisbericht bewertet. Dabei wird deutlich, dass die Bürgerbeteiligung über Bürgerplattformen als wirksames und aktivierendes Instrument eingeschätzt wird. Weiterhin werden für die Weiterentwicklung qualitative Verbesserung Empfehlungen in Auswertung der Evaluation gegeben.

Mit einem Beschlussantrag der FDP-Fraktion sollte sich der Stadtrat zur Förderung von Unternehmen im Bereich **Alterstechnologien** bekennen. Anders als der Einreicher hat unsere Fraktion mit einem Änderungsantrag angeregt, dass die Stadtverwaltung die Chemnitzer Wirtschaftsförderungsgesellschaft CWE im Rahmen ihrer Aufgaben zur Wirtschaftsförderung mit der Erstellung eines Konzeptes zur Förderung und Entwicklung von Unternehmen im Bereich „Alterstechnologien“ beauftragt. Unseren Vorschlag nahm

die FDP-Fraktion auf und änderten ihren Antrag entsprechend, sodass wir daraus einen gemeinsamen Antrag formulierten, der mehrheitlich vom Stadtrat beschlossen wurde.

Dass der Stadtrat und insbesondere unsere Fraktion seit vielen Monaten nach Lösungen für die stetigen Baukostensteigerungen, steigenden Belastungen in den zuständigen Ämtern der Stadtverwaltung und fehlendem Controlling sucht, ist hinlänglich bekannt. Damit es zu Änderungen der vorhandenen Strukturen und **langfristigen Verbesserungen bei der Planung und Durchführung der vielen Bauvorhaben**, die auch stadtbildprägend sind, kommen kann, wurden mit einem fraktionsübergreifenden Beschlussantrag verschiedene neue Wege angeschoben. Dietmar Berger begründete den Antrag: „Die einreichenden Fraktionen schlagen vor, das Baudezernat personell sowohl quantitativ als auch qualitativ aufzustocken. Sicher kostet das erstmal Geld. Aber bessere Vorbereitung, bessere Bauüberwachung, bessere Nachkontrolle spart auch Geld. (...) Wir meinen, mit der Umsetzung unseres Beschlussantrages kommen wir gemeinsam im Baugeschehen, in der Planung und der Transparenz ein Stück weiter und ersparen uns lange Debatten.“



Mit einem Beschlussantrag von Linken, SPD und B90/Die Grünen wurde der Stadtrat aufgefordert, sich zu den Zielen, die sich aus dem „Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (**Istanbul-Konvention**), Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt zu schützen, ergeben, zu bekennen. Weiterhin sollte ein Konzept zur Umsetzung der Istanbul-Konvention vorlegen und AkteurInnen des

Hilfesystems in geeigneter Weise einbinden. Der Beschlussantrag wurde mehrheitlich angenommen.



Die Fraktionen von Linken, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit einem weiteren Beschlussantrag ge-

fordert, innerhalb der beim Gesundheitsamt bestehenden Netzwerk- und Arbeitskreisstruktur zum **Prostituiertenschutzgesetz** ein Konzept für ein Monitoring zu erarbeiten, welches die Verbesserung der Situation der Prostituierten fokussiert und als turnusmäßige Berichterstattung aller zwei Jahre informieren soll. Dieser Beschlussantrag fand ebenfalls eine Mehrheit im Stadtrat.

## Stadtratssitzung vom 16. Dezember 2020

Die letzte Sitzung des Jahres stand unter keinen guten Vorzeichen: Unter Pandemiebedingungen und im Lockdown der Verantwortung gerecht zu werden, die StadträtInnen und MitarbeiterInnen, aber auch Gäste der Sitzung nicht zu gefährden und der **Coronaschutzverordnung** zu entsprechen, war nicht leicht. Mit einer stark reduzierten Tagesordnung seitens der Verwaltung auf unaufschiebbare Angelegenheiten, der Vertagung der Beschlussanträge der Fraktionen und einer reduzierten TeilnehmerInnenzahl sollte die Sitzung so kurz wie nötig, aber so sicher wie möglich sein.



Gleich zu Beginn musste Sven Schulze, der die Sitzung erstmals leitete, mehrfach Mitglieder der Fraktion von Pro Chemnitz auffordern, sich an die Regeln der Coronaschutzverordnung zu halten und den Mund-Nasen-Schutz ordnungsgemäß aufzusetzen. Die **Provokation und der Widerwille gegen diese Vorschriften** waren deutlich sichtbar und mündeten darin, dass, nach

mehrfacher Sitzungsunterbrechung, der provozierende Stadtrat von der Sitzung ausgeschlossen und durch die Polizei aus dem Saal entfernt wurde.

Susanne Schaper betonte in ihrer Fraktionserklärung, dass wir nicht vergessen sollten, wofür wir das alles aushalten: **„Für unsere Gesundheit und die unserer Mitmenschen**. Dafür, dass wir alle in einigen Monaten wieder ein normales Leben führen können und diejenigen, die jetzt um ihre Existenz bangen, wieder eine Chance bekommen.“ Und weiter: „Was wir jetzt überhaupt nicht brauchen, sind Angriffe auf unser Gemeinwesen und spalterische Aufwiegelungen. Auch wir sind nicht mit allen Maßnahmen einverstanden, wir kritisieren und ermahnen. Aber es ist schon anachronistisch, wenn sich bestimmte Truppenteile angeblich um den Abbau von Grundrechten sorgen, aber im gleichen Handstreich das elementare Grundrecht einer und eines Jeden auf Schutz von Leben und Gesundheit ignorieren. Und sie ignorieren und gefährden all jene, die sich an die aktuellen Vorgaben halten und sich enorm einschränken, die dadurch ihre Existenz gefährden. Und sie schmälern die Leistung derjenigen, die sich Tag für Tag vor allem im Gesundheitswesen aufopferungsvoll für die Menschen in

unserer Stadt einsetzen und denen wir hier danken wollen.“

Danach beschloss der Stadtrat – bereits zum 3. Mal in diesem Jahr – außerplanmäßige **Mittelbereitstellungen** für Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in Höhe von 2,6 Millionen Euro, unter anderem für Gesundheitsamt, Feuerwehr und IT-Maßnahmen.

Unter anderem beschloss der Stadtrat eine neue **Straßenreinigungssatzung** und die dazugehörige Gebäuhensatzung sowie die Erweiterung des Geländes „REWE-Markt Limbacher Straße/Beyerstraße“.

Da alle Informationsvorlagen, auch diejenige zu „Ein Jahr Allianz Sichere Sächsische Kommunen, die aus einem Beschlussantrag unserer Fraktionsgemeinschaft resultiert, sowie die Beschlussanträge der Fraktionen, einschließlich „Familienfreundlicher Stadtrat“, auf Anfang Februar 2021 zur nächsten Sitzung **vertagt** wurden, war die Sitzung nach ungewöhnlich kurzer Zeit beendet.



## Arbeit der freien Träger zum Jahresbeginn 2021 gesichert

Gemeinsam mit weiteren Fraktionen hatten wir für die Sitzungen des Sozial- sowie des Jugendhilfeausschusses zu den Vorlagen der Verwaltung hinsichtlich der Förderung der freien Träger für die Zeit ohne beschlossenen Haushalt eine Änderung vorgeschlagen. Hiernach sollten die Projekte und Maßnahmen für einen Zeitraum von drei Monaten auch eine Abschlagszahlung für diese drei Monate erhalten und nicht, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, für vier Monate bei einer Abschlagszahlung von

25 % der vorgeschlagenen Jahresförderung. Dies hätte die Träger vor ungeahnte Herausforderungen gestellt, die sie angesichts der Corona-Pandemie sowieso schon haben.

Wir freuen uns, dass unsere Gespräche mit den Trägern und die daraus resultierende Initiative gegenüber der Verwaltung dahingehend gewirkt haben, dass diese nun unserem Vorschlag gefolgt ist und von sich aus eine Änderung vorlegt hat. Nach dieser sollen die Träger für Januar bis

April ein Drittel der für 2021 geplanten Mittel erhalten.

Wir hoffen, dass damit die Träger in den ersten Monaten des neuen Jahres eine Planungssicherheit haben und zeitnah eine verlässliche Aussage zur Finanzierung des restlichen Jahres erfolgt, damit eine fachlichen Standards entsprechende Arbeit ermöglicht wird.

*Dr. Sandra Zabel,  
Hans-Joachim Siegel*

## Fachkräfte sichern, statt Mangel zu befördern

Aktuell wird im Freistaat Sachsen das neue Berufsschulnetz verhandelt. Da die Staatsregierung den ländlichen Raum stärken möchte, droht Chemnitz der Verlust mehrerer Fachklassen. So u.a. sollen die angehenden FloristInnen zukünftig zur schulischen Ausbildung nach Wurzten oder Dresden.

Erst lässt sich die Staatsregierung ewig Zeit die Berufsschulnetzplanung auf den Weg zu bringen, nur um dann einen Entwurf vorzulegen, der zu Las-

ten vieler Schüler:innen und Ausbildungsbetriebe geht. Wenn bspw. die gesamte Region Südwestsachsen keine Ausbildungsstätte mehr für FloristInnen hat, ist das nicht hinnehmbar. Die Auswirkungen des Entwurfes sind bereits jetzt spürbar: Nicht nur bei den Floristen ist ein Anstieg der Ausbildungsabbrüche zu vernehmen, sondern auch in anderen Branchen. Die Folgen sind katastrophal. Junge Menschen stehen ohne Ausbildung da und die regionale Wirtschaft verliert potentielle Fachkräfte.

Ohne diese Fachkräfte können viele dieser Betriebe zukünftig nicht mehr bestehen. Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik sieht anders aus.

Ich fordere daher die Staatsregierung auf den aktuellen Entwurf nochmal auch in Rücksprache mit den Fachkammern und Fachverbänden zu überdenken. Denn auch für BerufsschülerInnen muss eine Bildung in der Region gewährleistet sein.

*Sabine Brünler*

## BürgerInnensprechstunden

### Dietmar Berger

11. Januar, 15:00 – 16:00 Uhr, Rathaus, Markt 1, Zimmer 112a

### Susanne Schaper

18. Januar, 14:30 – 15:30 Uhr, Rathaus, Markt 1, Zimmer 112a

### Dr. Sandra Zabel

25. Januar, 15:00 – 16:00 Uhr, Rathaus, Markt 1, Zimmer 112a

### Hubert Gintschel

26. Januar, 17.00 – 18.00 Uhr, Bürgertreff Gl. 1, Oberfrohnauer Str. 2

28. Januar, 16.00 – 18.00 Uhr Rathaus Mittelbach, Hofer Str. 27

### Hans-Joachim Siegel

Terminvereinbarung: siegel.roehrsdorf@t-online.de, Rathaus Röhrsdorf

Fragen und Anregungen können Sie uns zudem per E-Mail oder Post zu-senden.

### Kontakt:

Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/  
Die PARTEI im Chemnitzer Stadtrat  
Redaktion: Anja Schale, Geschäftsführerin

Markt 1, Zimmer 112 a  
09111 Chemnitz

Telefon: 0371/488 13 20  
E-Mail: [linke.diepartei.fraktion@stadt-chemnitz.de](mailto:linke.diepartei.fraktion@stadt-chemnitz.de)

[www.linksfraktion-chemnitz.de](http://www.linksfraktion-chemnitz.de)  
[facebook.de/FraktionDieLinkeChemnitz/](https://facebook.de/FraktionDieLinkeChemnitz/)